Zeitschrift: Schweizerisches Jahrbuch für Wirtschafts- und Sozialgeschichte = Annuaire Suisse d'histoire économique et sociale

Herausgeber: Schweizerische Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialgeschichte

Band: 31 (2016)

Artikel: Orte der Aushandlung und Instrumente der Einflussnahme : eine akteurszentrierte Annäherung an migrantisches Lobbying in bildungspolitischen Prozessen des Kantons Basel-Stadt (1970er-Jahre)

Autor: Grossmann, Flavia

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-632482

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Flavia Grossmann

Orte der Aushandlung und Instrumente der Einflussnahme

Eine akteurszentrierte Annäherung an migrantisches Lobbying in bildungspolitischen Prozessen des Kantons Basel-Stadt (1970er-Jahre)

Places of Negotiation and Instruments of Influence. An Actor-Centred Approach to Migrant Lobbying in Educational Processes in the Canton of Basel-City (1970s)

Historical research on migration in the 1970s in Switzerland has predominantly focused on representations of the *Überfremdungsthese*. The *Überfremdungsthese* significantly influenced the Confederation's domestic agenda and led to a defensive attitude towards immigrants by a large part of the Swiss population. In this perspective, it is easy to forget about the migrants' agency and to present them as passive and lacking a voice of their own. By focusing on the local context of Basel-City, this article shows that this is a short-sighted view. Particularly after the so-called Italian Agreement of 1964, self-organized educational training programs aimed at Italian immigrants were established. Based on these findings, this article studies the actions of Cristina Allemann-Ghionda, a central figure behind the organizing of various migration-specific initiatives in Basel, in order to analyse the instruments that representatives of migrants' interests used and the approaches to governmental decision-makers they chose to voice their concerns.

Nach migrantischen Strategien der Einflussnahme auf politische Prozesse in der Schweiz der späten 1960er- und frühen 70er-Jahre zu fragen erscheint in mehrfacher Hinsicht gewagt. Die bisherige Forschung zur Migrationsgeschichte der Schweiz dieser Jahre ist von Darstellungen zur «Überfremdungsthese» geprägt, welche die innenpolitische Agenda des Bundes massgeblich beeinflusste und zu einer ausgeprägten Abwehrhaltung weiter Teile der schweizerischen Bevölkerung führte. (Re)agierende MigrantInnen gehen in einer solchen Fokussierung meist unter, sie erscheinen als passive Opfer ohne eigene Stimme. Der Blick auf einen

Schweizerisches Jahrbuch für Wirtschafts- und Sozialgeschichte 31, S. 235–249.
© 2016 Chronos Verlag, Zürich, ISBN 978-3-0340-1335-2, ISSN 1664-6460

lokalen Kontext – im vorliegenden Beitrag nach Basel-Stadt[1] – zeigt aber, dass insbesondere nach dem sogenannten Italienerabkommen von 1964 selbst organisierte Angebote vorwiegend für italienische MigrantInnen Auftrieb erhielten, und dies speziell im Bereich der Bildung. Neuere Studien weisen überdies darauf hin, dass die Auseinandersetzung mit der Bewegung gegen die «Überfremdung», vor allem mit der 1970 knapp verworfenen «Schwarzenbach-Initiative», welche eine Beschränkung der Ausländerzahl in der Schweiz forderte, viele MigrantInnen politisierte.[2]

Ausgehend von dieser Erkenntnis folgt der vorliegende Beitrag dem Engagement von Cristina Allemann-Ghionda, einer zentralen Figur für die Mitarbeit und den Aufbau verschiedener migrationsspezifischer Initiativen in Basel, um nach Instrumenten zu fragen, die InteressenvertreterInnen von MigrantInnen benutzten, um ihre Anliegen vorzubringen, und nach verschiedenen Zugängen, die sie zu behördlichen EntscheidungsträgerInnen wählten. Der Fokus auf eine einzelne Person bedeutet, dass nur bestimmte Initiativen und Organisationen dieses Migrationskontextes beleuchtet werden. Aufgrund der Tätigkeiten von Allemann-Ghionda konzentriert sich die Fallstudie auf die italienische Arbeiterbewegung und das ausgeprägte italienische Konsularnetzwerk, wohingegen die katholische Solidarität und die verschiedenen Sport- und Regionalvereine unberücksichtigt blieben.[3]

Nach einer Besprechung des Forschungsstands und der Begriffsklärung des Lobbyings geht die Untersuchung entlang des Engagements von Allemann-Ghionda in einem ersten Schritt drei Faktoren nach, deren Zusammenspiel für die Einflussmöglichkeiten von MigrantInnen zentral war: erstens der persönlichen Migrationserfahrung sowie der Mobilisierung ihres sozialen und kulturellen Kapitals, zweitens dem Zusammenschluss in Organisationen sowie drittens der Veränderung der Opportunitätsstrukturen in der Schweiz und in Italien und dem damit verbundenen Zugriff auf einen transnationalen Raum. Darauf aufbauend werden in einem letzten Schritt die verschiedenen Orte des Aushandelns und die Instrumente der Einfluss-

1 Der Kanton Basel-Stadt ist aufgrund verschiedener qualitativer Gesichtspunkte für diese Fallstudie gewählt worden. Die Regierungs- und Verwaltungstätigkeit der Stadtgemeinde Basel wird durch den Kanton Basel-Stadt wahrgenommen, wodurch Gemeinde- und Kantonsbehörden zusammenfallen, was einen übergreifenden Zugang zu beiden administrativen Ebenen ermöglicht. In Basel und in den angrenzenden Agglomerationen war der Anteil der AusländerInnen meist sehr hoch; so betrug er in den 1970er-Jahren in Basel-Stadt im Schnitt 19%, wobei ItalienerInnen die grösste Migrationspopulation darstellten. Siehe Statistisches Amt Basel Stadt, Wohnbevölkerung nach Heimat und Ausländeranteil seit 1970, http://www.statistik.bs.ch/zahlen/tabellen/1-bevoelkerung/bestand-struktur.html.

2 Zur Politisierung der MigrantInnen siehe: Angelo Maiolino, Als die Italiener noch Tschinggen waren. Der Widerstand gegen die Schwarzenbach-Initiative, Zürich 2011, S. 31 f.

3 Vgl. Giovanna Meyer Sabino, Die Stärke des Verbandswesens, in: Ernst Halter (Hg.), Das Jahrhundert der Italiener in der Schweiz, Zürich 2003, S. 109–126. Die Aktivitäten der katholischen Organisationen im schulischen Bereich werden in meiner Dissertation behandelt.

nahme analysiert, welche auch von anderen MigrantInnen gewählt beziehungsweise genutzt wurden.
Indem Cristina Allemann-Ghionda ins Zentrum gerückt und zugleich in ihrem historischen und politisch-strukturellen Umfeld verortet wird, zeigt dieser Beitrag auf, wie die italienischen MigrantInnen in Basel-Stadt einen transnationalen Handlungsspielraum schufen, in dem Lobbyarbeit im Sinn von Einflussnahme möglich wurde.

Fehlende AkteurInnen: Forschungsstand

Trotz der Zunahme der Forschungsliteratur zur Immigrationsgeschichte der Schweiz seit den 1990er-Jahren bleiben viele Aspekte weiterhin unterbeleuchtet.[4] Damir Skenderovic bringt in seiner Übersichtsdarstellung die verschiedenen Desiderate auf den Punkt. Der Schwerpunkt der bisherigen Forschungen lag auf dem schweizerischen Migrationsregime und der Frage nach dem Wandel staatlicher Reaktionen. Schliessungsmechanismen, allen voran die «Überfremdungsthese», welche als «fremdenfeindliches Abwehrsyndrom» (Skenderovic) bis heute die Abwehrstrategien gegen MigrantInnen rechtfertigt, standen im Zentrum. So wird das Thema Migration in den neusten Überblickswerken zur Schweizer Geschichte nach wie vor meist in ein Narrativ eines zahlenmässigen Konfliktpotenzials eingebettet. Handlungen von MigrantInnen werden dabei kaum berücksichtigt.[5]
Der Einbezug der *agency* von migrantischen AkteurInnen wurde bereits im Lauf der 1970er-Jahre international in verschiedenen Disziplinen gefordert. Politikhistorische Zugänge, welche sich vorwiegend auf der Ebene nationaler Gesetze und Verordnungen bewegten, und ökonomisch geprägte Theorien, die von einer dominierenden Pull- und Push-Wirkung ökonomischer Unterschiede der Herkunfts- und der Ankunftsgesellschaften ausgingen, konzipierten MigrantInnen bis dahin meist als passive Subjekte und blendeten die vielfältigen Wanderungsgründe aus. Die Kritik an dieser Beschränkung führte zu einer Ausdifferenzierung der Ansätze der 1970er-Jahre.[6]

4 Siehe Silvia Arlettaz, Immigration et présence étrangère en Suisse. Un champ historique en développement, in: traverse 18/1 (2011), S. 193–216.
5 Damir Skenderovic, Vom Gegenstand zum Akteur: Perspektivenwechsel in der Migrationsgeschichte der Schweiz, in: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte 1 (2015), S. 14.
6 Die Schule der *New Economics of Migration* z. B. stellte in Abgrenzung zu neoklassischen Theorien die These der Lohndifferenz als einzig ausschlaggebenden Motor für eine Migrationsentscheidung infrage und betonte die Wichtigkeit der Risikominimierung einer ganzen Familie als Motiv. Einen sehr guten Überblick zu den verschiedenen Forschungsrichtungen in diesem Gebiet verschaffen: Douglas S. Massey et al., Theories of International Migration. A Review and Appraisal, in: Population and Development Review 3 (1993), S. 431–466.

Forderungen nach der Einbeziehung der MigrantInnen als AkteurInnen, welche im Zug der Transnationalismusdebatte verstärkt ins Feld geführt wurden, fanden allmählich auch in die Forschung zur schweizerischen Migrationsgeschichte Eingang.[7] Es entstanden im Lauf der 2000er-Jahre verschiedene biografische Studien sowie Darstellungen von MigrantInnenorganisationen, welche die Bedeutung ihrer Leistungen ausschnittweise aufzeigen. Unterbeleuchtet bleiben dabei jedoch vielfach die Interaktionen zwischen behördlichen Instanzen und MigrantInnen und damit die Frage nach dem Wirken der *agency* in konkreten Herrschaftskontexten und Aushandlungsprozessen.[8]

An dieser Stelle setzt der vorliegende Beitrag ein, der sowohl verschiedene selbst organisierte Angebote italienischer MigrantInnen beleuchtet, mit denen sie wichtige soziale Funktionen in der Schweiz übernahmen, als auch die von ihnen etablierten Orte der Aushandlung untersucht, an denen sie ihre spezifischen Anliegen einbrachten, und Instrumente aufzeigt, mit denen sie auf ihre Anliegen aufmerksam machten.

Beteiligung ohne direkte Rechte: Begriffsklärung und Quellendiskussion

Die Untersuchung der Einflussmöglichkeiten von MigrantInnen bleibt jedoch ein schwieriges Unterfangen. Weshalb dem so ist und welche konzeptuellen Überlegungen dies in Bezug auf die Quellenarbeit mit sich bringt, soll an dieser Stelle geklärt werden.

Die MigrantInnen in der Schweiz verfügten aufgrund ihres Aufenthaltsstatus meist nicht über das Wahl- und Stimmrecht, was sie aus konventionellen Formen der direkten politischen Teilnahme ausschloss. Darüber hinaus war die klassische Lob-

7 Exemplarisch Barbara Lüthi, Transnationale Migration – Eine vielversprechende Perspektive?, in: H-Soz-Kult, 13. 4. 2005, http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/forum/2005-04-003.

8 Andrea Aeschlimann, Daheim in Italien, zu Hause in der Schweiz. Lebensgeschichten italienischer Migrantinnen und Migranten. Il prete nel letto: biografie di italiani residenti a Berna, Bern 2007; Martina Frigerio, Susanne Merhar: «... und es kamen Menschen». Die Schweiz der Italiener, Zürich 2004. Darstellungen von Migrantenorganisationen: Toni Ricciardi, Associazionismo ed emigrazione. Storia delle Colonie Libere e degli Italiani in Svizzera, Rom 2013; Björn Schaub, La Federazione delle Colonie Libere Italiane in Svizzera. Migrantenorganisationen der italienischen Einwanderung am Beispiel der FCLIS 1960–1970, Lizentiatsarbeit, Basel 2004; Sarah Baumann: ... und es kamen auch Frauen. Engagement italienischer Migrantinnen in Politik und Gesellschaft der Nachkriegsschweiz, Zürich 2014. Einzelne neuere Studien versuchen an dieser Schnittstelle anzusetzen und aufzuzeigen, wie MigrantInnen soziale Regeln und bestehende Handlungsspielräume nutzten oder neue erschlossen und dadurch nicht nur ihr Leben, sondern auch dasjenige der Gesellschaften veränderten. In Morena La Barba (Hg.), La migration italienne dans la Suisse d'après-guerre, Lausanne 2013, v. a. S. 165–194, werden einzelne Ansätze eines Austausches aufgezeigt.

byarbeit, worunter ich den Zugang zum Parlament, zu den Parteien, zu den Medien sowie vermehrt auch zur administrativen Ebene verstehe,[9] nur unter erschwerten Bedingungen möglich. Durch die Vertretung der Anliegen der Migrationsbevölkerung konnte sich kein Politiker profilieren. Die Devisen des Bundes an die kantonalen Verwaltungen zum Umgang mit der Migrationsbevölkerung standen in den 1960er- und 70er-Jahren unter dem starken Eindruck der «Überfremdungsgefahr», wie dies im Bericht der «Studienkommission für das Problem der ausländischen Arbeitskräfte» zum Ausdruck kommt.[10] Parteipolitischer Anknüpfungspunkt gerade für in diesem Artikel untersuchte MigrantInnen, die sich in der Arbeiterbewegung engagierten, wäre im Prinzip die Sozialdemokratische Partei gewesen. Diese öffnete sich zwar im Lauf der 1970er-Jahre allmählich für Anliegen der MigrantInnen, einige ihrer Exponenten spielten jedoch für die Verankerung der «Überfremdungsthese» im politischen Diskurs der 1950er- und 60er-Jahre eine zentrale Rolle.[11] Auf Verbandsebene war eine Anbindung an die Gewerkschaften ebenfalls nicht einfach. Die Angst vor einer kommunistischen Unterwanderung im Zeichen des Kalten Kriegs war auch in den 1960er-Jahren zu spüren.[12]

Diese Umstände machen es notwendig, nach alternativen Wegen der Beteiligung zu suchen, weswegen diesem Beitrag ein breites, prozesshaftes Verständnis politischer Abläufe zugrunde liegt. Dabei wird Lobbyarbeit allgemein als Versuch der Einflussnahme auf Entscheidungsfindungsprozesse sowie auf die Ausgestaltung und Unterstützung von bestehenden Angeboten verstanden. Diese Lobbyarbeit geschieht unter Anwendung von verschiedenen Instrumenten, wie der Durchführung von öffentlichen Anlässen, Kampagnen oder Demonstrationen. Sie findet an unterschiedlichen Orten statt, wie beispielsweise in formellen Kommissionen oder bei informellen Gesprächen. Lobbyarbeit kann folglich direkt erfolgen, beispielsweise

9 Vgl. Lobbyismus, in: Lexikon der Politikwissenschaft. Theorie, Methoden, Begriffe, Bd. 1: A–M, 4., aktualisierte und ergänzte Aufl., München 2010.

10 Bundesamt für Industrie und Gewerbe (Hg.), Bericht der Studienkommission zum Problem der ausländischen Arbeitskräfte, Bern 1964. Das Thema Unterkunft nahmen die Medien jedoch sehr breit auf und berichteten von den prekären Verhältnissen. Vgl. Matthias Hirt, Die Schweizerische Bundesverwaltung im Umgang mit der Arbeitsmigration. Sozial-, kultur- und staatspolitische Aspekte. 1960 bis 1972, Bern 2009, Kapitel 3.5: Unterkünfte und Wohnraum.

11 Roland Misteli, Andreas Gisler, Überfremdung. Karriere und Diffusion eines fremdenfeindlichen Deutungsmusters, in: Kurt Imhof et al. (Hg.), Vom kalten Krieg zur Kulturrevolution. Analyse von Medienereignissen in der Schweiz der 50er und 60er Jahre, Zürich 1999, S. 95–120.

12 Gianni D'Amato, Die durchleuchtete, unsichtbare Arbeitskraft. Die italienische Einwanderung in die Schweiz in den 50er Jahren, in: Thomas Buomberger et al. (Hg.), Schöner leben, mehr haben. Die 50er Jahre in der Schweiz im Geiste des Konsums, Zürich 2012, S. 237–252, hier 249. Zu den unterschiedlichen Haltungen in den Gewerkschaften siehe: René Riedo, Das Problem der ausländischen Arbeitskräfte in der schweizerischen Gewerkschaftspolitik von 1945–1970, Bern 1976; Jean Steinauer, Weg mit den Baracken! Die Immigranten in den schweizerischen Gewerkschaften 1945–2000, Lausanne 2000.

durch Kontaktaufnahme und Gespräche, oder indirekt über die Sensibilisierung der Öffentlichkeit durch die Organisation von öffentlichen Anlässen.[13]
Klassische Quellen, in denen solche Aushandlungsprozesse abgebildet werden und welche sich für die Beantwortung der aufgeführten Fragestellungen eignen, sind Protokolle und Berichte der migrationsspezifischen Organisationen und der zuständigen politischen Departemente.[14] Eine weitere zentrale Quelle für alternative Zugänge zu EntscheidungsträgerInnen und um die Ausgestaltung von Aushandlungsprozessen in einer Mikroperspektive zu rekonstruieren, bilden Interviews mit ZeitzeugInnen.[15] Bevor die Ergebnisse diskutiert werden, werden anhand der persönlichen Biografie von Christina Allemann-Ghionda die drei wesentlichen Faktoren aufgezeigt, auf deren Grundlage migrantisches Lobbying überhaupt erst möglich wurde.

Biografische Notizen und das eigene Kapital als Ressource für migrantisches Lobbying

Der erste Faktor ist die persönliche Ausstattung mit den verschiedenen Kapitalformen nach Bourdieu.[16] Allemann-Ghionda wuchs in einem multilingualen und -nationalen Umfeld auf. Die Tätigkeit ihres Vaters im diplomatischen Dienst Italiens führte sie in verschiedene Länder und Sprachregionen. 1968 kam sie nach Stationen in Südamerika, Belgien, ihrem Herkunftsland Italien und Deutschland nach Basel, wo ihr Vater als Generalkonsul angestellt war. In Basel beendete sie Anfang der 1970er-Jahre ihr Studium der Germanistik, Anglistik und Romanistik, in einer Zeit also, in der die Diskussionen um die Zulassungsbedingungen für ausländische Arbeitskräfte und den Umgang mit ihnen einen Höhepunkt erreichten. Am 20. Mai 1969 wurde die «Schwarzenbach-Initiative», unter der Leitung von James Schwarzenbach als Vertreter der Nationalen Aktion gegen Überfremdung von Volk und Heimat (NA),

13 Siehe dazu Sonja Blum et al., Politikfeldanalyse, 2., aktualisierte Aufl., Wiesbaden 2011. Spezifisch zu MigrantInnenorganisationen: Katharina Leinberger, Migrantenselbstorganisationen und ihre Rolle als politische Interessenvertreter. Am Beispiel zweier Dachverbände in der Region Berlin-Brandenburg, Berlin 2006.

14 Berücksichtigt werden Archivmaterialien des Staatsarchivs des Kantons Basel-Stadt (StABS) und des Schweizerischen Sozialarchivs in Zürich (SSA).

15 Von der Autorin durchgeführte und transkribierte Interviews mit Cristina Allemann-Ghionda vom 4. 4. 2014, Mara Hermann-Aita vom 3. 4. 2014, Angela Remondini Ottogalli vom 19. 11. 2013, Nella Sempio vom 3. 3. 2014, Simona Cerletti vom 26. 3. 2014, Armando Bee vom 7. 6. 2012 und Barbara Vogt vom 16. 4. 2013.

16 Ich knüpfe hierbei an die mehrdimensionale Betrachtung der Kapitalformen von Bourdieu an, die den Menschen als Ressourcen für die Durchsetzung ihrer Ziele zur Verfügung stehen. Siehe z. B. Pierre Bourdieu, Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital, in: Reinhard Kreckel (Hg.), Soziale Ungleichheiten, Göttingen 1983, S. 183–198.

eingereicht, die eine Beschränkung des Ausländeranteils an der Schweizer Bevölkerung auf 10% forderte. Allemann-Ghionda entfaltete in der Folge, politisiert durch die Erfahrung mit ebendieser Initiative, eine rege soziale und politische Tätigkeit, bei der sie sich für die Anliegen der italienischen MigrantInnen einsetzte.[17]
Kurz vor dem Abschluss ihres Studiums kam sie durch einen Studienkollegen mit dem Milieu der italienischen ArbeiterInnen in Basel in Kontakt. Selbst aus einem privilegierten Milieu stammend, war ihr die soziale und ökonomische Lebenslage vieler italienischer MigrantInnen bisher nur ausschnittweise bekannt. Zeitgleich suchte sie persönlich nach einer Möglichkeit, ihr theoretisches Wissen in eine praktische, sozial nützliche Arbeit zu transformieren. Ihr Wunsch nach einer «sinnvollen» Arbeit sowie die parallel dazu vollzogene Abgrenzung zur Arbeit ihres Vaters im diplomatischen Dienst bewegten sie schliesslich dazu, praktisch tätig zu werden. Sie beurteilt diese Phase als entscheidenden Moment in ihrer Biografie.[18]
Die für sie sinnvolle Arbeit fand sie in verschiedenen MigrantInnenorganisationen, die im Bildungs- und Weiterbildungsbereich tätig waren. Das erste Engagement von Allemann-Ghionda führte sie als Lehrerin in die *Scuola elementare italo-svizzera* (SEIS). Diese war als zweisprachige, vom italienischen Konsulat geleitete private Primarschule 1964 in Basel gegründet worden. Parallel zu ihrem Unterrichtspensum an der SEIS begann sich Allemann-Ghionda für die Erwachsenenbildung einzusetzen. Sie war Mitbegründerin der Strukturen rund um die *Ente Confederale Addestramento Professionale* (ECAP) in Basel. Die ECAP ist bis heute ein gemeinnütziges Erwachsenenbildungs- und Forschungsinstitut in verschiedenen Regionen der Schweiz und hat die rechtliche Form einer Stiftung. Gegründet wurde sie vom italienischen Gewerkschaftsbund *Confederazione Generale Italiana del Lavoro* (CGIL).[19] Anfang der 1980er-Jahre wechselte sie schliesslich als Direktorin für fünf Jahre zum *Comitato Consolare di Coordinamento delle Attività Assistenziali Italiane di Basilea* (COASIT), das später in die Stiftung *Fondazione per il perfezionamento professionale e l'assistenza scolastica* (FOPRAS) umgewandelt wurde. Das Institut für Weiterbildung und Beratung war vom italienischen Generalkonsulat in Basel 1968 ins Leben gerufen worden.[20] Sie trat darüber hinaus zeitweise der Kommunistischen

17 Interview mit Cristina Allemann-Ghionda (wie Anm. 15) und autobiografischer Text: Cristina Allemann-Ghionda, The Yellow Streetcar. Shaping a Polyphonic Identity, in: Tracey Tokuhama-Espinos (Hg.), The Multilingual Mind. Issues Discussed by, for, and about People Living with Many Languages, Westport (CT) 2003, S. 171–188.

18 Interview mit Christina Allemann-Ghionda (wie Anm. 15), S. 181.

19 Vgl. http://ecap-fondazione.ch/joomla/index.php/de/ecap-basel (Version vom 10. 5. 2014). Die ECAP baute seine Strukturen in verschiedenen Orten und Regionen der Schweiz auf, darunter in Zürich, in Bern und im Aargau.

20 Solche *Comitati consolari* gab es auch an anderen Orten. Vgl. Interview mit Mara Hermann-Aita (wie Anm. 15). Verweis auf weitere Weiterbildungsinstitute in StABS, DI-REG 1c 12-13-9 (2), Ausländer Weiterbildung 1966–1982, Schreiben des BIGA an die für die berufliche Ausbildung zuständigen kantonalen Departemente, 30. 8. 1966.

Partei Italiens bei, war aktiv in der *Federazione Colonie Libere Italiane in Svizzera* (FCLI) und etablierte sich durch ihre praktische und wissenschaftliche Tätigkeit als Expertin im Bereich der interkulturellen Bildungsforschung.[21]
Allemann-Ghionda verfügte über eine breite Ausstattung an Kapitalformen, die sie als Ressourcen in ihrem Einsatz für die MigrantInnen nutzen konnte. Ihr familiärer Hintergrund ermöglichte es ihr, von klein an einen Einblick in politische Umgangsformen und Abläufe zu erhalten. Durch ihr im Studium erworbenes Bildungskapital erlangte sie ExpertInnenwissen vorwiegend im Bereich der Sprachwissenschaften. Diese Kenntnisse spielten für den Zugang zur politisch-administrativen Ebene eine wesentliche Rolle. Zusätzlich ebneten ihr die Erfahrung als Fremdsprachige in verschiedenen Ländern und die Konfrontation mit den Assimilationsdebatten in der Schweiz, welche sie empörten, einen persönlichen Zugang zu den Schwierigkeiten und Diskriminierungen, denen sich die MigrantInnen ausgesetzt sahen.

Der Zusammenschluss in Organisationen als Mittel migrantischen Lobbyings

Die Aktivität in migrationsspezifischen Organisationen war eine weitere bedeutende Voraussetzung für politische Einflussnahme. Cristina Allemann-Ghionda konnte in ihrem Engagement auf ein ausgedehntes Netz von Organisationen zurückgreifen. Die italienischen MigrantInnen schufen ein ausserordentlich dichtes Geflecht von politischen, religiösen, sozialen und regionalen Vereinen und Verbänden, das sie bei der Bewältigung der Herausforderungen der Emigration unterstützte.[22] Das italienische Verbandswesen in der Schweiz wird von Ernst Haller zu einem der beststrukturierten in Europa gezählt.[23] Die meisten Körperschaften verfolgten dabei vielseitige Ziele und Tätigkeitsfelder. Die Einteilung von Fibbi et. al. in Tätigkeitsfelder, die spezifische Interessen der Mitglieder zum Ausdruck brachten, und solche, die auf Einflussnahme ausgerichtet waren, muss als idealtypische verstanden werden, die Abgrenzungen vermischten sich in der Praxis.[24] So war die FCLI stark auf politische

21 Interview mit Cristina Allemann-Ghionda (wie Anm. 15). Vgl. ausserdem z. B.: Cristina Allemann-Ghionda et al., Schulische Probleme von Fremdarbeiterkindern. Ursachen, Probleme, Perspektiven, Aarau 1986; Cristina Allemann-Ghionda, Ausländische Kinder, Jugendliche und Erwachsene im schweizerischen Bildungswesen, hg. vom Schweizerischen Wissenschaftsrat, Bern 1988; Cristina Allemann-Ghionda, Schule, Bildung und Pluralität. Sechs Fallstudien im europäischen Vergleich, Bern 1999.

22 Meyer Sabino (wie Anm. 3), S. 109.

23 Ernst Haller, Vorwort, in: Ders., Das Jahrhundert der Italiener in der Schweiz, Zürich 2003, S. 7–10, hier 8.

24 Rosita Fibbi et al., Les associations d'immigres. Repli où participation sociale? Genf 1988, S. 23.

Einflussnahme ausgerichtet, auch in der Basler Sektion; sie engagierte sich aber gleichzeitig kulturell[25] und leistete Hilfe beim Ausfüllen der Steuererklärung oder bei Krankenbesuchen.[26]
Durch den Zusammenschluss in Organisationen und über das engmaschige Netz war eine kollektive Interessenbekundung gegenüber behördlichen Instanzen möglich, weshalb ich sie als bedeutenden Faktor im Prozess der politischen Entscheidungsfindung betrachte. Die Organisationen der italienischen Migrationsbevölkerung avancierten zu wichtigen zivilgesellschaftlichen Akteurinnen bei der Bearbeitung von sozialen Fragestellungen, die gerade ausländische Menschen betrafen.[27] Sie griffen Themen und Probleme auf, veranstalteten entsprechende Tagungen, publizierten Informationsunterlagen und installierten Hilfsangebote.[28] Die gleichzeitige Tätigkeit verschiedener Personen in unterschiedlichen organisatorischen Zusammenhängen ermöglichte darüber hinaus einen erleichterten Wissenstransfer unter den Organisationen. Als direkte Repräsentantin einer Organisation konnte Allemann-Ghionda in einen legitimierten Dialog mit den Behörden treten und sie für die vielfältigen und heterogenen Anliegen der Organisationen sensibilisieren. Wie Allemann-Ghionda dabei vorging, wird weiter unten geklärt. Zunächst soll auf den transnationalen Raum als dritten wichtigen Faktor für migrantisches Lobbying eingegangen werden.

Der transnationale Raum als Ort des migrantischen Lobbyings

Das sogenannte Italienerabkommen, ein bilaterales Migrationsabkommen, welches 1964 insbesondere auf Druck von Italien zustande kam,[29] ist oftmals als Katalysator der schweizerischen Bewegung gegen die «Überfremdung» bezeichnet worden. Besonders der erleichterte Familiennachzug beunruhigte weite Teile der Bevölkerung und radikalisierte die Bewegung. Sie sah durch die wachsende «Masse» und die auf

25 Insbesondere die cineastischen Bemühungen der FCLI sind diesbezüglich zu nennen. Vgl: Morena La Barba, Les ciné-clubs de la Federazione delle Colonie libere italiane in Svizzera. Naissance d'un mouvement culturel dans la Suisse des années 1960, in: La Barba (wie Anm. 8), S. 197–242.

26 Interview mit Armando Bee (wie Anm. 15), langjähriger Präsident der Colonie Libere Basilea; für allgemeine Ausführungen zur FCLI: Ricciardi (wie Anm. 7).

27 Zur Rolle der Migrantenselbstorganisationen als Partizipationsmöglichkeit siehe: Sabine Jungk, Politische und soziale Partizipation von Migrantinnen und Migranten und ihre Selbstorganisationen – Möglichkeiten der Mitwirkung, Inanspruchnahme und Chancen in Deutschland. Vortrag gehalten an der Tagung «Politische und Soziale Partizipation von MigrantInnen» 2002 in Düsseldorf, http://www.navend.de/html/veranstaltungen/duesseldorf/jungk.htm.

28 Siehe z. B.: SSA, Ar 40.50.4, Tagung des Comitato Scuola 1974; ECAP-Tagung: «Formazione linguistica dei lavoratori emigrati», 1975, Publikation: Leonardo Zanier (Hg.), La lingua degli emigrati, Florenz 1977.

29 Thomas Gees, Die Schweiz im Europäisierungsprozess. Wirtschafts- und gesellschaftspolitische Konzepte am Beispiel der Arbeitsmigrations-, Agrar- und Wissenschaftspolitik 1947–1974, Zürich 2006, S. 98–123, 382 ff.

Dauer ausgerichtete Anwesenheit der MigrantInnen, die «Eigenart» der Schweiz bedroht.[30]

In einer anderen Lesart erscheint das Abkommen als Kristallisationspunkt der Abkehr vom Rotationsmodell.[31] Es läutete eine neue Ausrichtung der schweizerischen Migrationspolitik ein, die sich stärker mit dem «Bleiben» der MigrantInnen auseinandersetzen musste. Dieser paradigmatische Wechsel anerkannte, dass die ausländischen Arbeitskräfte zu einem integralen Teil der schweizerischen Wirtschaft und Gesellschaft geworden waren. Mit der neuen Politik, weg vom Rotationsprinzip hin zu einer vermehrt auf «Integration» und «Assimilation» ausgerichteten Strategie, modifizierten sich sowohl die Eingliederungsdisposition der Behörden als auch die Felder der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen mit Migrationsfragen. Themen wie die Einschulung italienischer Kinder erhielten einen neuen Stellenwert. Aufgrund der föderalen Struktur der Schweiz wurden diese Fragen zu einem substanziellen Teil im lokalen Kontext verhandelt. Damit eröffneten sich für italienische MigrantInnen neue, lokale Handlungsfelder. Verbindliche Vorstellungen dazu, wie beispielsweise «Integrationsarbeit» geleistet werden sollte, waren zu diesem Zeitpunkt nicht vorhanden. In der Folge etablierten sich in Basel verschiedene Initiativen und Angebote, wie italienische Schulen, Weiterbildungsinstitute und Nachhilfeunterricht für italienische MigrantInnen.

Für die Entfaltung dieser Angebote und die Erweiterung der Einflussmöglichkeiten vor Ort waren die politischen Entwicklungen in Italien zentral. Wichtig für die italienischen Schulen und die Durchführung der Kurse in heimatlicher Sprache und Kultur (HSK-Kurse) war die Einführung des Gesetzes Nr. 153 über das Schulwesen im Ausland im Frühling 1971 in Italien. Die italienische Regierung reagierte mit diesem Gesetz auf den öffentlichen Druck, die Emigrationsbevölkerung in den Ankunftsgesellschaften besser zu unterstützen. Frau Cerri Negrini, Direktorin des italienischen Schulwesens in den 1970er-Jahren in Basel, sah in der Umsetzung des Gesetzes einen bedeutenden Impuls für ihre eigene Arbeit. Neben der finanziellen Unterstützung des Kursangebots wurde mit diesem Gesetz die rechtliche Anerkennung der im Ausland erworbenen Zeugnisse auf dem Elementar- und Mittelstufenniveau im Fall einer Rückkehr des Kinds nach Italien geregelt: durch den Besuch der HSK-Kurse, die vom italienischen Staat subventioniert wurden, konnten die Schuljahre angerechnet werden.[32]

Die Weiterbildungsinstitute in der Schweiz zogen ausserdem einen Vorteil aus der Lancierung des Programms der *150 ore* (150 Stunden) durch die Gewerkschaften

30 Vgl. Misteli/Gisler (wie Anm. 11). Zur Entstehung des Konzepts siehe Patrick Kury, Über Fremde reden. Überfremdungsdiskurs und Ausgrenzung in der Schweiz 1900–1945, Zürich 2004.

31 Etienne Piguet, Einwanderungsland Schweiz. Fünf Jahrzehnte halb geöffnete Grenzen, Bern 2006.

32 SSA, Ar 40.50.4, Referat von A. Cerri Negrini an der Tagung des Comitato Scuola 1974.

in Italien. Mit dieser 1973 in Italien eingeführten Regelung konnten die ArbeitnehmerInnen während dreier Jahre 150 bezahlte Arbeitsstunden für Weiterbildung aufwenden, wenn sie bereit waren, ebenso viele Stunden in ihrer Freizeit dafür einzusetzen. Auch konnte der Hauptschulabschluss *(licenza media)* im Rahmen dieses Programms nachgeholt werden.[33] Die ECAP adaptierte dieses Programm in der Schweiz, das hier ebenfalls durch den italienischen Staat subventioniert wurde, und ermöglichte so etlichen ItalienerInnen das Nachholen des Schulabschlusses. Zudem veränderten sich die Rahmenbedingungen zur Subvention im Weiterbildungsbereich im Lauf der 1970er-Jahre in der Schweiz. Dank einer gesetzlichen Anpassung konnte die finanzielle Beteiligung des Kantons an Weiterbildungskursen wesentlich erhöht werden.[34]

Der verbesserte Zugang zu Bildung und Weiterbildung in beiden nationalstaatlichen Settings ermöglichte eine breite Abstützung migrationsspezifischer Anliegen. In Basel konnten verschiedene Orte der Aushandlung und Instrumente der Einflussnahme etabliert werden, um die Anliegen von MigrantInnen im Bereich der Bildung zu verankern. Anhand der Rekonstruktion der Arbeitsweise von Allemann-Ghionda, vorwiegend im Rahmen ihrer Tätigkeit bei der ECAP, sollen diese nun herausgearbeitet werden.

Orte der Aushandlung und Instrumente der Einflussnahme

Zwei Ebenen sind grundsätzlich zu unterscheiden: einerseits Orte der Aushandlung, die durch ihren Formalisierungsgrad (formelle Kommissionen oder informelle Gespräche) und die Regelmässigkeit, mit der man sich trifft, charakterisiert sind, andererseits Instrumente der Einflussnahme, die an diesen Aushandlungsorten benutzt werden. Die Unterteilung in diese zwei Ebenen ist aber als fliessend zu verstehen. Beispielsweise waren Tagungen zu Themen, die italienische MigrantInnen betrafen und die Allemann-Ghionda veranstaltete, Orte der Aushandlung, an die auch immer wieder BehördenvertreterInnen eingeladen wurden. Ausserdem war die Organisation solcher Zusammenkünfte ein Instrument zur Sensibilisierung

33 Vgl. dazu: Hans Woller, Geschichte Italiens im 20. Jahrhundert, München 2010, S. 300 f.; Günther Degen et al., Bildungsurlaub und Arbeitsmarkt in Europa. Studie über den (möglichen) Einfluss von Bildungsurlaub auf den Stand und die Entwicklung des Arbeitsmarktes in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft, hg. vom Europäischen Zentrum für die Förderung der Berufsbildung, Luxemburg 1983, S. 67–93.

34 StABS, DI-REG 1c 12-13-9 (2), Ausländer Weiterbildung 1966–1982, E. Wyss, Vorsteher des Departements des Innern an BIGA, 14. 1. 1971. Vgl. Kantonales Gesetz vom 24. September 1970 über die Berufsbildung, Justizdepartement Basel-Stadt, in: Sammlung der Gesetze und Beschlüsse wie auch der Polizei-Verordnungen welche seit 26. August 1833 für den Kanton Basel-Stadt erlassen worden, Bd. 43, Basel 1972/74, S. 424 ff.

auf ein migrationsspezifisches Anliegen im Prozess der Problemwahrnehmung und Entscheidungsfindung. Im Vorfeld solcher Tagungen wurden Informationen beispielsweise zur Verteilung fremdsprachiger Kinder in den verschiedenen Leistungszügen über statistisches Material der Stadt und durch Auskünfte der Behörden zusammengetragen, die an diesen Veranstaltungen präsentiert und diskutiert wurden. Verschiedene weitere italienische AkteurInnen in Basel und anderswo bedienten sich dieses Instruments. So organisierte der Verein *Comitato Scuola,* der sich 1971 in Basel formierte, um sich über Elternkomitees für die Chancengleichheit der italienischen Kinder einzusetzen, 1974 eine grosse Tagung zu den Problemen der ausländischen Kinder in Basel, an der auch Willi Schneider, Departementssekretär des Basler Erziehungsdepartements, anwesend war.[35]

Als weitere wichtige Orte des Aushandelns von migrationsspezifischen Anliegen sind neben diesen Tagungen die von Allemann-Ghionda erwähnten informellen Treffen zu nennen. Im Rahmen ihrer führenden Position bei der ECAP trat sie mit verschiedenen Behörden in Kontakt – beispielsweise mit dem Arbeitsamt des Kantons Basel-Stadt und mit VertreterInnen des Bundesamts für Industrie, Gewerbe und Arbeit (BIGA). In informellen Treffen erklärte Allemann-Ghionda ihren GesprächspartnerInnen die Schwierigkeiten der ausländischen Arbeitnehmenden und machte sie auf den grossen Wert der Weiterbildung aufmerksam. Zur Etablierung von Kursen für italienische Jugendliche beschreibt sie ihre pragmatische Herangehensweise konkret: «Das ging so, dass wir uns erkundigt haben, wie das Gesetz war, was es uns ermöglicht. Dann haben wir mit der Person Kontakt aufgenommen, zum Beispiel mit dem Chef für berufliche Weiterbildung. [...] Ich bin einfach zu ihm gegangen und habe gesagt, es gibt hier das Problem der italienischen Jugendlichen, die zwar die Schulen absolviert haben, aber nicht sehr erfolgreich waren und die grosse Schwierigkeiten darin haben, eine Lehrstelle zu finden. Wir sollten Deutschkurse, Intensivkurse organisieren, Integrationskurse. Und gibt es vielleicht eine Möglichkeit, dass das Arbeitsamt so etwas finanziert?» Durch diesen ständigen persönlichen Kontakt waren ihre Bemühungen um die Subventionierung verschiedener Kurse oft erfolgreich.[36]

Als dritter wichtiger, institutionalisierter Aushandlungsort sind die gemischten Kommissionen zu nennen. Diese setzten sich aus VertreterInnen des italienischen Konsulats, der Migrantenorganisationen und der baselstädtischen sowie basellandschaftlichen Behörden zusammen. Sie entstanden im Lauf der 1970er-Jahre auf Anfrage des italienischen Konsulats. Anliegen konnten dort direkt an die EntscheidungsträgerInnen herangetragen werden. Solche Kommissionen bestanden sowohl zum Austausch von schulischen Angelegenheiten in Bezug auf italienische Kinder als auch

35 SSA, Ar 40.50.4, Comitato Scuola, Tagung 16.–17. 11. 1974 in Basel.
36 Interview mit Cristina Allemann-Ghionda (wie Anm. 15).

im Bereich der beruflichen Weiterbildung.[37] Allemann-Ghionda nahm darüber hinaus als Direktorin des COASIT an weiteren Sitzungen beispielsweise der (nicht gemischten) Kommission für berufliche Weiterbildung teil und brachte dort ihre Anliegen vor.[38] Die Aufnahme und Aufrechterhaltung von Kontakten institutionalisierte sich auch im Rahmen der schulischen Beratungsstelle des COASIT. Mara Hermann-Aita, die Leiterin dieser Stelle, nahm Kontakt mit verschiedenen baselstädtischen Behörden im Erziehungsbereich auf, an deren internen Sitzungen sie als Fachperson teilnehmen konnte. Aus diesem Vertrauen entwickelte sich die Möglichkeit, in Streitfällen bei der Einteilung eines Kinds in eine bestimmte Schulstufe eigene Abklärungen zu treffen. Sie konnte schliesslich auch die Übertrittstests für italienische Kinder der SEIS an die baslerische Mittelschule leiten.[39]

Diese unterschiedlichen Treffen auf verschiedenen Ebenen schufen in den 1970er-Jahren eine Kultur des vielseitigen und regen Austauschs zwischen VertreterInnen italienischer und schweizerischer Institutionen in Basel. Die spezifischen Kenntnisse der lokalen Begebenheiten und die Nutzung des eigenen kulturellen sowie sozialen Kapitals spielten bei den Verhandlungen und dem Zugang zur administrativ-politischen Ebene eine entscheidende Rolle. Förderlich für den Zugang war ausserdem, dass in Basel verschiedene Ämter von Personen besetzt waren, die sich durch eine relative Offenheit gegenüber der Thematik der Einwanderung auszeichneten.[40] Diese Art des Austauschs führte zu einer Akzeptanz der Anliegen der italienischen Bevölkerung bei den baselstädtischen Behörden und begünstigte die erfolgreiche Einwerbung von finanziellen Mitteln.

Nebst den Treffen, die einen direkten Zugang zu politischen EntscheidungsträgerInnen boten, spielten indirekte Lobbying-Instrumente wie die Koalitionsbildung und die Sensibilisierungsarbeit über die Veranstaltung von Tagungen eine ausschlaggebende Rolle. Sensibilisierungsarbeit wurde nicht nur auf der politischen Ebene, sondern auch im Bereich der Praxis im Bildungswesen (Lehrpersonen, Schulpsychologen et cetera) geleistet. Exemplarisch für die Koalitionsbildung steht das *Comitato Scuola,* das sich aus schweizerischen und italienischen Eltern und Lehrpersonen zusammensetzte und eng mit der baslerischen Gewerkschaft Erziehung kollaborierte. Letztere wurde 1973 ins Leben gerufen und verstand sich

37 Siehe StABS, DI-REG 1c 12-13-9 (2) Ausländer Weiterbildung 1966–1982, Korrespondenz zwischen dem Italienischen Generalkonsulat in Basel und dem Departement des Innern und weiteren Ämtern (z. B. Gewerbe-Inspektorat) 1971–1972.

38 StABS, DI-REG 1c 12-13-9 (4), Ausländer Weiterbildung 1966–1982, Protokoll der Kommission für die gewerbliche Berufsbildung der Sitzung vom 19. 12. 1983.

39 Interview mit Mara Hermann-Aita (wie Anm. 15).

40 Dies geht aus den durchgeführten Interviews hervor. Diese Offenheit wird insbesondere in Bezug auf die Verwaltung und die städtischen Dienste sowie das Personal an den Schulen erwähnt. Interviews mit Cristina Allemann-Ghionda, Mara Hermann-Aita und Angela Remondini Ottogalli (wie Anm. 15).

als Zusammenschluss aller «fortschrittlichen Kräfte», die «durch ihre Tätigkeit im Erziehungssektor einen Beitrag zur Demokratisierung der Gesellschaft leisten wollen».[41]

Dabei veränderten sich die verfolgten Anliegen sowohl im Schulwesen als auch bei den Weiterbildungsangeboten mit der Zeit. Die italienische Schule SEIS richtete sich zu Beginn vorwiegend auf die Wahrung der Rückkehrmöglichkeiten der italienischen Kinder aus. Ein wichtiges den baselstädtischen Behörden vorgelegtes Begehren war denn auch die Verankerung der HSK-Kurse im Stundenplan für SchülerInnen, die nicht in der SEIS zur Schule gingen.[42] Im Lauf der 1970er-Jahre rückten zunehmend Fragen zum Übertritt von der SEIS in die baselstädtischen Mittelschulen ins Zentrum und damit die Auseinandersetzung um die gerechte Beurteilung der Kinder. Die Übertrittstests konnten, wie oben erwähnt, von Aita-Hermann schrittweise übernommen werden.[43] Mit dieser Entwicklung ging eine engere Kooperation mit dem städtischen Erziehungsdepartement einher, das zuerst Deutsch- und anschliessend weitere Unterrichtsstunden übernahm.[44] Auch bei den Weiterbildungsangeboten intensivierte sich nach den Anfangsjahren der Einsatz für eine breitere Anerkennung der italienischen Abschlüsse in der Schweiz.[45]

Resümee: Vielschichtige Beteiligung

Die Ausweitung des Verständnisses des politischen Prozesses des Lobbyings und damit einhergehend der Fokus auf die Mikrostrukturen der lokalen politischen Verhandlungsräume für migrationsspezifische Anliegen eröffnen uns einen Einblick in die vielfältigen und komplexen Handlungsräume italienischer MigrantInnen. Durch die Untersuchung der konkreten Arbeitsweise von Cristina Allemann-Ghionda ist aufgezeigt worden, dass sich die «Lobbyisten» der MigrantInnen vielfältiger politischer Instrumente bedienten (Koalitionsbildung, Informationsbeschaffung et cetera) und sich formelle und informelle Zugänge zu behördlichen Instanzen schufen. Allemann-

41 Zur Gewerkschaft Erziehung (GE) siehe Basler Schulblatt 4 (1973). Offizielle Gründung 5. 5. 1973. Für das Comitato Scuola: SSA, Ar 40.50.4.

42 Unterlagen im Erziehungsdepartement, Kohlenberg 27, 4001 Basel, Ordner betreffend SEIS.

43 Die Nonnen der zweiten italienischen Primarschule in Basel, der Scuola Lucia-Barbarigo, wehrten sich dezidiert gegen den Vorwurf, dass die Schulleistungen ihrer ehemaligen Schulkinder in den Schweizer Schulen besonders schlecht seien. Sie erstellten Statistiken über die weitere schulische und berufliche Laufbahn ihrer Schützlinge. Siehe Hinweise im Interview mit Barbara Vogt (wie Anm. 15), die Lehrerin an dieser Schule war.

44 Unterlagen (wie Anm. 42).

45 Siehe dazu StABS, DI-REG 1c 12-13-9 (4), Ausländer Weiterbildung 1966–1982, Korrespondenz zwischen COASIT und dem Departement des Innern, 1983.

Ghiondas Arbeit war eng mit der persönlichen Identifikation mit der Thematik der Einwanderung verbunden und beruhte auf dem Einsatz der verschiedenen von Bourdieu beschriebenen Kapitalformen. Darüber hinaus verfügte die italienische Migrationsbevölkerung über ein weites Netz von Vereinigungen, die eine kollektive Interessenbekundung ermöglichten.
Mit entscheidend für diese Entwicklung waren die Opportunitätsstrukturen, welche sich sowohl in der Schweiz als auch in Italien veränderten. Die schweizerische Innenpolitik setzte sich in den 1970er-Jahren zunehmend mit Fragen der Eingliederung der eingewanderten Bevölkerung auseinander. Treffen zwischen VertreterInnen von MigrantInnen und schweizerischen politischen Behörden verliefen nicht immer reibungslos, doch trugen sie dazu bei, dass sich zwischen ihnen allmählich eine Kultur des direkten Austauschs etablierte. Politische Veränderungen in Italien spielten ebenfalls eine zentrale Rolle. Mit der Lancierung der Bildungsangebote im Rahmen der 150-Stunden-Regelung, die in der Schweiz vom italienischen Staat mitfinanziert wurden, eröffneten sich Chancen, welche die verschiedenen italienischen AkteurInnen aktiv nutzten. Indem die italienischen MigrantInnen auf beide nationalstaatlichen Settings zurückgriffen, schufen sie sich einen transnationalen Handlungsspielraum, in dem Lobbyarbeit möglich wurde.